

# Volkswacht

für Schlessen - Organ für die westfälische Br

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Fürststraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Reichsmark + 6 Pfennig Erträgerlohn — 0,45 Reichsmark, monatlich 1,55 Reichsmark + 35 Pfennig Erträgerlohn — 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter 10 Pf. Familienanzeigen 8 Pf. Kleinanzeigen 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer 10 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer 10 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer 10 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer 10 Pf.

**AKTIVITÄT**  
**DISZIPLIN**  
**EINIGKEIT**

Hitlerbarone  
Gegen

Eingelommenes 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.

10 Beilagen

Eingelommenes 10 Pf.

43. Jahrgang

Donnerstag, den 7. Juli 1932

Nr. 157

## Wapen in Lausanne

Die Nazis von gestern und heute

„Hundert Meter vorm Ziel“, als sich Brüning eben anschickte, nach Lausanne zu fahren, wurde er vom Herrenklub, der sich die Zustimmung und Mitwirkung des Braunen Hauses erkaufte, hinter rücks vom Pferde gerissen. Bevor sich noch die erkaufte Mitwelt ob solch politischer Klugheit höchst irdischer Vorsehung die Augen reiben konnte, erschien der neue Herr und Venter unserer Geschichte aus der Verjüngung: Franz von Papen!

Dieser Herr von Papen und seine Freiherren begannen ihre Arbeit mit einer hüben Regierungserklärung und mit notverordneten Belastungen von 1 1/2 Milliarden für die Kermessen der Armen. Der Judas vom Münchener Braunen Hause, Herr Hitler, billigte das. Als Äquivalent erhielt er für seine SA-Marscherlaubnis. Dann lieferten die Papenheimer für die Schwerindustrie noch rasch einige Liebesgaben und nachdem in dieser Weise die innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen durch den Herrenklub und Hitler „bereinigt“ waren, konnten Herr v. Papen und die Seinen frohgemut zur raschen Erledigung der auswärtigen Angelegenheiten nach Lausanne fahren. Auch dort wollte man einem Brüning, den „Systempartei“ und vor allem den Franzosen und Polen zeigen, was eine Härte ist und was deutsche Männer sind. Also zog das „nationale“ Deutschland unter den Segenswünschen des Herrenklubs und seiner braunen, frisch gewaschen und beölhten Helfershelfer in die Schweiz.

Ein Diplomat der Eidgenossenschaft schilderte in einer Zeitung, wie eines Morgens, ehe noch die anderen Konferenzteilnehmer angekommen waren, ein kleiner gepflegter und eleganter Herr im Pressezimmer erschien, unbekannt und unbeobachtet, wie er sich dann als deutscher Reichskanzler den anwesenden Journalisten vorstellen ließ, sich vor jedem verbeugte, ganz besonders den Franzosen minutenlang und herzlich die Hand drückte und sich nach Pariser schwerindustriellen Bekanntheit erkundigte. Dieser Schweizer schließt seine Darstellung mit den Worten: „Was wäre einem Brüning geschehen, wenn er sich derart benommen hätte? Die deutschen Nationalisten hätten ihn in Stücke gerissen“!

Wäre es nicht bei diesem Anlaß gewesen, so gewiß bei dem bekannten Interview des Herrn v. Papen mit dem Korrespondenten des „Matin“, eine der geschäftigsten und deutschfeindlichsten Zeitungen von Paris. „Freue mich sehr... sagen zu können... daß Frankreich einen berechtigten Anspruch...“ Die Blätter des verbündeten Hitler schweigen, die Deutschnationalen mauern ein wenig, die „Rölnische Volkszeitung“ stammt vor Entrüstung und wurde deshalb verboten! Rechte Hand, linke, alles

vertauscht! Herr von Papen wird nach Berlin zitiert, der Außenminister v. Neurath rauft sich die Haare, der Herrenklub hügel über Weefend seinen von ihm bevollmächtigten Reichskanzler etwas auf, und dann fährt dieser zurück zur Konferenz.

Neue Verhandlungen. Aber diesmal hat Franz von Papen Mut. „Reinen Pseanig werden wir bezahlen, wir haben auch keine Vorklänge zu machen, wir können nicht zahlen und werden nicht zahlen!“ Rundfunkansprache an das deutsche Volk, sich geschlossen hinter seine Vertreter zu stellen, Rundfunkrede an die Welt: hinter der Regierung Papen stehe das „nationale“ Deutschland und seine „aufbauwilligen“ Kräfte in braunen englischen Lederhosen.

Der Laie staunt und der Fachmann wundert sich! Deutschfreundliche englische Blätter schreiben, dieser Herr von Papen sei launisch zu nehmen. Neue Verhandlungen! Papen wirft das Problem der deutschen Privatschulden in die Debatte und verlangt auch hier Abstriche! Entsetzen in England und Amerika! Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet darüber und erhält durch die Regierung einen Rufenführer und Dolmetscher, Kasbonich vermittelt wiederum und jetzt laut das Schwerkett des nationalen Deutschland auf den Konferenztisch: „Gut, wir wollen eine größere Abschlußzahlung leisten, wenn Deutschland das Recht erhält, in der Zahl der Soldaten und Kompanen mit Frankreich gleichen Schritt zu halten!“

„Erpressung“, ruft es in Frankreich, „also können die Deutschen doch etwas zahlen“ sagt das gesamte Ausland! Die Konferenz nimmt Herrn v. Papen beim Wort, es wird eine Abschlußzahlung fixiert, über deren Höhe seitdem verhandelt wird! Ausgerechnet „nationale“ Blätter beschwären die deutsche Delegation, diesen Pakt unter allen Umständen einzugehen und sich von keinem innerpolitischen Wahlman über dessen abbringen zu lassen.

Man stelle sich vor, ein Reichskanzler der Weimarer Parteien oder Brüning wäre in Lausanne einmal so aufgetreten wie Herr von Papen. Wie hätte die Rechtspresse gehandelt, wie hätten die Nazis geschrien und wahrscheinlich schreien dürfen, ohne daß ihren Blättern auch nur ein Haar gekrümmt worden wäre. Da sie jetzt mit im Bunde sind, müssen sie sich schweigen, dulden sie klein und häßlich, was sie früher in der ungeheuerlichsten Weise verfehm haben. Heute tolerieren sie nicht nur Hungerverordnungen, heute tolerieren sie selbst das, was früher von ihnen als „Landesverrat“ bezeichnet wurde. So fängt sich die Gesellschaft von Tag zu Tag mehr in ihrem Eugenneh, weil Deutschland zu erwachen beginnt.

## Auf des Messers Schneide

Die Einigungsverhandlungen in Lausanne

Lausanne, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Verhandlungsversuche des Mittwoch gipfelten in einer Verhandlung zwischen von Papen, MacDonald und Herrist, die mehrere Stunden dauerte. Sie galt fast ausschließlich dem Wunsch MacDonalds, den französischen Ministerpräsidenten zu einem Entgegenkommen zu bewegen. Wieder einmal steht die Entscheidung im Augenblick auf des Messers Schneide. Herrist gab in keinem Punkte nach. Er beharrt auf dem französischen Vorschlag mit der Einzahlung von vier Milliarden und auf der Ablehnung jeder politischen Bedingungen. Die Verhandlungen werden am 9.30 Uhr fortgesetzt.

Englisch-italienische Einigung

Lausanne, 6. Juli. (Eig. Draht.)

Grandis plötzl. Vorschlag in seiner am Montag der Presse übergebenen Erklärung erwirft sich nunmehr als Mandat gegen England. Grandis hatte die Schuldfrage in dem Sinne propalziert, daß außer den Reparationen auch die Kriegsschulden

zwischen den früheren Alliierten gestrichen werden sollten. Da England von Italien aber noch mehr zu bekommen hat, als Italien durch die Streichung der Reparationen verlieren würde, mußte Italien in eine geschäftliche Lage kommen, wenn die Reparationen gestrichen würden und die Kriegsschulden aufrechterhalten blieben. England hatte erklärt, daß es die Schulden seiner europäischen Schuldner nur im gleichen Maße werde streichen können, wie seine Schulden von Amerika gestrichen würden. Daher Italiens Vorschlag gegen die bisherige Bescheidenheit Englands in Lausanne, die jede Stellungnahme zum Abschluß einer Vereinbarung über die internationalen Schulden vermeidet.

Nun hat eine Besprechung Grandis mit MacDonald ein prinzipielles Übereinkommen ergeben, das durch ein englisch-italienisches Juristenkomitee ausgearbeitet wurde. Die italienischen Besorgnisse sind geräumt worden und die englisch-italienische Differenz gilt als beigelegt. Wie man hört, besteht das Übereinkommen in der Vorabklärung einer Konferenz sämtlicher europäischen Gläubiger- und Schuldnerstaaten nach der Lausanner Konferenz zur Regelung der Kriegsschuldenfrage untereinander. Daneben besteht bereits eine französisch-englische Übereinkommens-gemeinschaft mit Amerika über die Kriegsschulden zu verhandeln.

## Nicht locker lassen!

Von Paul Göbe

„Was geht uns Herr von Papen an“ — wir heißen Sale und wissen von nichts.

Unter diese Parole möchten die Helden vom Hakenkreuz immer wieder ihren Wahlselbstzug stellen.

Es ist die Flucht vor der Verantwortung, davor, was sie dem deutschen Volk als „Uebergangangsregierung“ eingebrocht haben. Wir kennen die Taktik, sie wird von den allein echten Normannen im kleinen und großen geübt.

Werfen die Nazis in München dem Ministerpräsidenten die Scheiben ein, dann ist das in Notwehr geschehen, pflanzen sie ihre Keileren bis in den Borwärtshof fort, dann sind sie aus dem Haus beschossen worden, verprügeln sie Kinderfreunde und wehrlose Arbeiterjugend, dann sind sie überfallen worden. In ihren Versammlungen wird mit Galgen, Strick und Zülfliede gedroht, draußen aber sind sie die reinen Unschuldsbläuner, die grausam abgeschlachtet werden. Sie verherrlichen die Gewalt, wenn sie unter sich sind, kommen sie mit Andersdenkenden zusammen, dann sind sie sanft wie die Tauben.

Die Strategie möchten sie auch auf die große Politik verpflanzen und dort wie hier all und jede Verantwortung ableugnen.

Aber wir dürfen nicht loslassen und müssen immer wieder feststellen, die Wahrheit lausendfach in die Köpfe hämmern.

Ohne die Nazi gäbe es keine Regierung Papen, ohne die Nazi wären die Notverordnungen dieser Regierung unmöglich gewesen.

Erst, als Hitler und Goering das Versprechen der Duldung und Unterstützung gegeben, konnte die Regierung der Freiherren dem Kreise des vornehmsten Herrenklubs entsteigen.

Deshalb rufen sie nicht „Nieder mit Papen“, wie sie einst „Nieder mit Brüning“ gerufen haben.

Deshalb verließen sie den Preussischen Landtag, als ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Papen abgestimmt wurde.

Deshalb schrieb Freiherr von Gleichen, der Vorsitzende des Herrenklubs: „Das neue Kabinett wird nicht nur von den Nazis toleriert, sondern hat die ausdrückliche Zustimmung des Führers“.

Deshalb erklärte Hitler beim Appell in München: „Nicht interessiert nicht das Regiment Papen, sondern nur jene, die vorher das Regiment geführt haben“.

Mit den drei Vinsengerichten: Freiheit für die SA, Freigabe des Rundfunks, Auflösung des Reichstags hat Herr von Papen sich und den Seinen die Regentenschaft erkaufte.

Für diese drei Geschenke gab die nationalsozialistische Parteileitung den Weg frei für das Kabinetts und deren Verordnungen gegen die Witwen und Waisen schon gepörrt haben und alle anderen Ende Juli führen werden.

Auflösung des Reichstags — das bedeutet freie Bahn für Papen. Drei Monate lang kann ihm niemand hineinreden in die Notverordnungen. Selbst die vor Wochen beantragte Sitzung des Ueberwachungsausschusses ist durch die Taktik des Herrn Straffer immer weiter hinausgeschoben.

Einzig hier es: weg mit den Notverordnungen, jetzt liegt kein Antrag der Nazi auf Aufhebung der Notverordnungen vor, jetzt wird sogar den Anträgen anderer Parteien auf Aufhebung jedes Hindernis bereitet.

Duwendfach liegen also die Indizien der Duldung und Unterstützung des Kabinetts der Barone vor aller Augen — wir müssen jeden, der nicht sehen kann, täglich mit der Nase darauf stoßen.

Tausende sind schon lebend geworden an den Postkästern am 20. und 30. Juni, Hunderttausende werden es noch in diesem Monat schmerzhaft fühlen.

Tausende begehren schon müde auf gegenüber diesem Uebergang ins Dritte Reich, das ist in Stadt und Dorf täglich merkbar. Deshalb dürfen wir nicht locker lassen in der Aufklärung über die Zumutungen, die nationalsozialistische Unterstützung über unser Volk gebracht haben.

War es nicht ein übermächtiges Stüb als die unüberlebenden Rassen am Montag in Berlin vorüberzogen an den SA-Kalernen! Proleten, denen die Not auf dem Gesicht geschrieben stand, Alte mit weißem Haar, die den langen Weg mit



# Gaßl gegen die Pressefreiheit

## Er verbietet weiter sozialdemokratische Blätter

Die sozialdemokratische Frankfurter „Volkstimme“ ist auf Antrag der Reichsregierung mit ihrem vier Kopfbildern auf fünf Tage verboten worden.

Dazu wird uns aus Frankfurt geschrieben: Am 4. Juli langte das journalistisch kümmerliche Naziblatt von Frankfurt Main mit hysterischem Geschrei das Verbot der Frankfurter „Volkstimme“. Am 6. Juli erhielt das Blatt der Frankfurter sozialdemokratische auf die Initiative des Reichsinnenministers von Gaßl hin die amtliche Nachricht, daß fünf Tage nicht erscheinen dürfe. Begründung: 1. Ueberschritt des Kommentars eines Artikels über das Papen-Interview mit „Matin“, 2. die Weitergabe jenes Bildes, das auch Anlaß des Verbots des „Vorwärts“ war.

Das Verbot der Frankfurter „Volkstimme“ und ihrer Kopfbilder hat in Hessen-Kassau wie in Hessen einen Sturm der Entrüstung entfacht, der am Sonntag in einigen Demonstrationen und Kundgebungen seinen Ausdruck finden wird. Die „Frankfurter Zeitung“ sagt zu dem Verbot:

„Zum mindesten darf man verlangen, daß Herr von Gaßl, an der Spitze der Reichsregierung, sich nicht als ein „Kassauer“, wie es vorgelesen ist, und nicht gleich verbietet. Bei derartigen Verfügungen ist wahr, was der Oberverwaltungs-

gerichtsrat Dr. von Müller im Reichsministerium schreibt: „Eine Pressefreiheit im Sinne des Reichspressengesetzes besteht auf politischem Gebiet nicht mehr!“

Die Frankfurter „Volkstimme“ hat während des Krieges wiederholt und viele Monate lang wegen ihrer oppositionellen Haltung zu Krieg- und Militärmahnmahnen unter Vorzensur gestanden. Ein Verbot dieses über 30 Jahre lang geführten sozialdemokratischen Blattes hat die Militärdiktatur des Krieges jedoch nicht gewagt. Die „Volkstimme“ zu verbieten blieb den nach dem Zusammenbruch in den Rainer Brüdenkopf stürzenden französischen Militärgewalthabern vorbehalten. Wegen ihrer Kritik an der Besetzung und an den Taten der französischen Besatzungsarmee wurde die „Volkstimme“ im besetzten Gebiet unterzogen. An ihrer Stelle gründeten die im besetzten Gebiet wohnenden sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern unter schweren persönlichen Opfern die „Freie Presse in Höchst a. M.“, die später als Kopfbild der Frankfurter „Volkstimme“ erschien. Der Kampf für ihr mannhaftes Betreten der Interessen des deutschen Volkes und Vaterlandes besteht darin, daß die „nationale“ Regierung der Papen, Gaßl und Schlichter jetzt nicht nur die Frankfurter „Volkstimme“ sondern auch die „Freie Presse“ und alle anderen Kopfbilder verboten hat.

Der Minister erklärte, das Kabinett habe in der Regierungserklärung bestimmte Verpflichtungen in bezug auf die Befreiung der Lage der Arbeitslosen übernommen. Diese Verpflichtungen seien eingehalten worden oder seien im Begriff, eingehalten zu werden. Die Abschaffung der sechsmonatigen Arbeitslosenunterstützung sei bereits erfolgt. Ferner habe die Regierung versprochen, allen Arbeitslosen eine öffentliche Unterstützung zu sichern, auch wenn sie in Gemeinden wohnen, die keinen Arbeitslosenfonds besitzen. Um dies zu ermöglichen, sei ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der den Prüffellen gestatte, den Arbeitslosen nötigenfalls aus den Fonds der Departements die Unterstühtungen auszahlen zu lassen. Das letzte Versprechen habe die Kurzarbeiter eine Unterstützung erhalten konnten, sei abgeklärt. Weitere Hilfsmaßnahmen seien vorgesehen. Die Regierung habe sich auch mit dem Problem der ausländischen Arbeiter beschäftigt. Seit seiner Ernennung zum Minister seien von einigen Ausnahmen abgesehen, sämtliche Einwanderungsanträge abgelehnt worden. Was die in Frankreich seit mehreren Jahren anlässigen Ausländer und besonders die polnischen Flüchtlinge anbelangt, könne nicht die Rede davon sein, sie wieder in ihre Heimat abzuschieben. Falls aber einmal derartige Maßnahmen notwendig sein sollten, würden sie mit der größten Rücksicht durchgeführt werden.

Das wahre Hilfsmittel für die Krise, so fuhr der Minister fort, bestehe darin, den Arbeitslosen wieder Arbeit zu verschaffen. Eine Verordnung werde demnächst veröffentlicht werden, die es den Gemeinden und Departements erlaube, gewisse Notstandsarbeiten mit staatlicher Unterstützung durch Arbeitslose ausführen zu lassen. Die Frage der Verringerung der Arbeitszeit müsse international geregelt werden. Die internationale Arbeitskonferenz prüfe dieses Problem, und die französische Regierung werde alles tun, um seine Durchführung zu erleichtern. Im übrigen werde die Regierung sich das Parlament bitten, das Abkommen über die Arbeitszeit in den Kohlengruben und in den nichtindustriellen Berufen zu ratifizieren. Er werde nirgends mehr die Ermächtigung zu wiederholen.

Handen geben und gedente die gegenwärtig gewährten Ausnahmen soweit als möglich rückgängig zu machen. Die Arbeitslosen seien für die Krise nicht verantwortlich. Die Rede des Ministers fand bei den Linksparteien großen Beifall.

# Die täglichen Gewalttaten der Nazis

## Jeden Tag neue Überfälle der Nazis auf politische Gegner

Riel, 6. Juli. (Eig. Drahtb.)

In Kellinghulsen (bei Riel) kam es zu Zusammenstößen zwischen angehenden Nationalsozialisten, Schabannerleuten und Kommunisten. Die Nazis hatten SA aus dem ganzen Meßen der Provinz zu einem Märsch gezogen. Die einheimische Polizei erwies sich als zu schwach und sah sich gezwungen, aus Fehoe und Alna größere Kommandos zu Hilfe zu rufen. Bei der Säuberung der Straße von den SA-Horden und bei der Durchsicherung der Umkleekabinen wurden den Nationalsozialisten zahlreiche Waffen, wie Gummiknüppel, Totschläger, Dolche und Pistolen, abgenommen. Einige Reichsbannerleute trugen Verletzungen davon.

Köln, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

In Köln häufen sich in den letzten Tagen die politischen Überfälle. Bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten wurden mehrere Kommunisten leicht verletzt. In einem Falle erhielt ein Kommunist einen schweren Kniebruch. Mehrfach griff die Polizei

nur Waffe. Im Verlauf einer anderen Schlägerei gab es bei den Kommunisten etwa neun Verwundete, bei den Nazis zählte man sechs Verletzte. Die Polizei fand bei den Nazis zehn Schlagwerkzeuge, eine Tüte mit gemahlenem Pfeffer und einen Revolver.

Auch in Bonn, wo am Dienstag-Vormittag vor dem Arbeitsamt bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nazis durch den Schutz eines Nazis ein Unbeteiligter schwer verletzt wurde, kam es in der Nacht zum Mittwoch mehrfach zu Schlägereien, in deren Verlauf die Nazis zahlreiche Schüsse abgaben.

Riel, 6. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Ein neunzehnjähriger Landarbeiter wurde auf einer Chaussee nach Riel von vier Nationalsozialisten überfallen und zu Boden geschlagen. Der junge Arbeiter blieb beknüppelt liegen und wurde von einem vorüberfahrenden Personenwagen zu einem Arzt gebracht, der schwere Kopfverletzungen feststellte. Die Tat hat ihre Ursache darin, daß der junge Landarbeiter sich immer wieder geweigert hat, der SA beizutreten.

## Vorfälle der französischen Sozialisten

Sie wollen eine antipolitische Debatte in der Kammer — Beiträge auf Ersparnisse — Militäreinheiten sollen ausfallen

Paris, 6. Juli. (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Mittwoch beschlossen, den Ministerpräsidenten zu eruchen, daß die Kammer nicht in die Ferien geschickt wird, bevor nicht eine Debatte über die Außenpolitik erfolgt. Ferner, der telephonisch von diesem Wunsch benachrichtigt worden ist, hat sich mit einverstanden erklärt.

Außerdem beschloß die sozialistische Fraktion zur Erzielung von Ersparnissen in den Finanzplänen der Regierung einen Verzicht auf die Reservierungen in diesem Jahre zu beantragen. Der Kriegsminister soll durch eine Delegation der Fraktion erlucht werden, sich dem Antrag nicht zu widersetzen. Endlich beschloß die Fraktion, der radikalen Fraktion ein gemeinsames Vorgehen bei der Vertretung der Linksparteien in der Finanzkommission vorzuschlagen und zu diesem Zweck am Donnerstag eine Sitzung der Fraktionsvorstände abzuhalten.

# Die neueste Nazi-Heuchelei

## Landtag und Zeitungsverbote — Nazi-Rube für den „Vorwärts“

Berlin, 6. Juli. (Eig. Drahtb.)

Der Preussische Landtag hat sich wiederum für die Lage zusammengesunden. Dem Sturm der vergangenen Woche ist die Stille gefolgt; wie lange, bleibt abzuwarten. Am Mittwoch ging es jedoch sehr manierlich zu. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt die kommunistische Fraktion den Antrag, die preussische Regierung solle sofort das Verbot des „Vorwärts“ der „Kölnischen Volkszeitung“ aufheben. Der Antrag der KPD, den Polizeipräsidenten das Recht des Verbotverbot zu entziehen. Von der sozialdemokratischen Fraktion erklärt der Abg. Hamburger, hier nur ein Demonstrationsantrag gestellt ist, verfassungsmäßig von der preussischen Regierung nicht durchgeführt werden kann, weil er in die Rechte der Reichsregierung greift. Die sozialdemokratische Fraktion änderte bald den kommunistischen Antrag dahin ab, daß das Staatsministerium beantragt wird, nochmals auf das erstellte bei der Regierung die sofortige Aufhebung der beiden Zeitungsverbote zu verlangen. Ferner solle die preussische Regierung bei Reich vorstellig werden, daß die Pressefreiheit vor während des Wahlkampfes nicht untergraben werde.

Zum Erstaunen aller Parteien befürwortete die kommunistische Fraktion den Antrag. Bitte nicht hören!

Vom Berliner Nazi-Organ bis herab zur letzten Provinzialstadt der Braunen Häuser ist worden das Verbot des „Vorwärts“ und wird täglich das Verbot der gesamten „jüdischen Nazipresse“ propagiert.

Das Dritte Reich ist uns ohnehin die Konfiskation der sozialdemokratischen Zeitungen und des gesamten Besitzes der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften in Aussicht gestellt. Wenn jetzt im Landtag die Nazis gegen das Verbot des „Vorwärts“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ reden, so das dieselbe

abgrundtiefe Heuchelei der Nazis, die gesamte Agitation dieser Volksbetrüger auszeichnet. Die dasse der Braunen Häuser suchen mit ihrer Zustimmung zum Antrag der KPD nur ein Alibi, das besagen soll, daß sie nichts mit der Papenregierung zu tun hätten. Bei hat das Abtatt der Nazibarone aus mit dem Verbot

des „Vorwärts“ nur getuschelt ausgeführt, was Hitler und seine Kampanei gefordert haben.

In der Abstimmung wurde der einzig praktische Vorschlag, der der Sozialdemokraten, gegen KPD, Nazi und Deutschnationale abgelehnt. Ueber den Demonstrationsantrag, der praktisch ohne jede Wirkung sein wird, beantragt die SPD namentliche Abstimmung. Die Weimarer Parteien enthalten sich der Stimme, weil sie offensibaren Unsin nicht mitmachen. Mit 197 Nazi- und KPD- gegen 28 Stimmen wird der Antrag der KPD- Antrag angenommen. Makulatur und fauler Zauber, wobei die Kommunisten den Nazis wieder einmal die schönste Gelegenheit geben, ihr wahres Gesicht zu verbergen.

Es folgt die Beratung der Tagesordnung, die sich ausschließlich mit Fragen des staatlichen Bergbaues und der Bergarbeiterfragen beschäftigt. Aufschubberichte, betreffend: Stilllegung der Stolberger Werke, der Harzer Werke und über die Erhaltung der Blei- und Zinkindustrie; Stilllegung der Zechen „Dittels Heide“ und „De Wendel“ usw.; der Arbeitslosigkeit im rheinisch-westfälischen Renier und über die Befreiung der Bergarbeiter, Angestellten und Beamten von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenversicherung.

Von der sozialdemokratischen Fraktion war es der Abg. Franz (Hindenburg), der sich vor allem mit den Verhältnissen im schlesischen Bergbau beschäftigte und es als eine unbedingte Pflicht der Reichsregierung erklärte, die Schließung der ober-schlesischen Bergwerke zu verhindern. Der sozialdemokratische Redner deut aber gleichzeitig die Nazi-Demagogie auf, die sich auch in dieser Debatte und in diesen Arbeiterfragen durch die Rede des Nazivertreters gezeigt hat. Das Haus verlor sich dann ohne weitere Abstimmungen auf Donnerstag.

## Bermittlertes Morgeschändens

In Bernau bei Berlin geschah der bereits am 1. Juli festgenommene Mordfall Lagerverwalter Fritz Doberan, am Dienstagabend vergangener Woche seine 27-jährige Ehefrau Charlotte erdrosselt zu haben. Als der Leichnam der Frau Doberan von der Polizei aufgefunden worden war, schwankte man, ob Nord oder Selbstmord vorliege. Fritz Doberan machte sich jedoch durch auffälliges Verhalten so verdächtig, daß er auf alle Fälle vorläufig festgenommen wurde. Er bestritt die Tat hartnäckig und behauptete drei Doffänger des Verbrechens. Am Montag-Nachmittag sollte Frau Doberan auf dem Beznauer Friedhof beigesetzt werden. Der in Haft befindliche Fritz Doberan wollte der Beerdigung betwohnen. Die Polizei gab die Erlaubnis hierzu. Als der Angeklagte des Totenbaus betrat, kam es zu dramatischen Szenen. Die Mutter der Toten war überzeugt, daß ihr Schwiegersohn ihre Tochter ums Leben gebracht habe. Sie schrie ihm ins Gesicht: „Du bist der Mörder meines Kindes.“ Und die auf der Straße wartende Menschenmenge war von der Schuld des Lagerverwalters überzeugt. Dätte er sich noch an der Beerdigung teilgenommen, wäre er wohl gefoltert worden. Die Polizeibeamten führen deshalb mit Doberan nach Berlin zurück, unterzogen ihn in später Nachtstunde noch einmal einem eingehenden Kreuzverhör und erreichten ein Geständnis. Doberan erzählte, daß sich seine Frau am Dienstag-Abend voriger Woche mit Raketen gegen seine Lieblosungen gewehrt hätte. Er sei in Zorn geraten, habe seine Frau mit der rechten Hand am Hals gepackt und geschüttelt, während er mit der linken Hand auf sie zugeht. Um die Tat zu verschleiern, will er dann eine Fuchsjungr gebohrt und seiner Frau fest um den Hals gebunden haben. Den Rest der Nacht habe er, zum Teil schlafend, neben dem Leichnam gelegen. Am nächsten Morgen hätte er das Haus verlassen, hinter sich abgeschlossen und dann den Schlüssel durch ein Oberbretter ins Zimmer hineingeworfen. Er nahm an, daß er auf diese Weise den Verdacht mit genügender Gründlichkeit von sich abgewandt hätte. Mittags war Doberan nach Hause zurückgebracht. Er sollte den Ueberrästen und Unschuldigen.

## Todesopfer am Unabhängigkeitstages in Amerika

Das Wochenende und die Feiertage des Unabhängigkeitstages haben in den Vereinigten Staaten über 150 Todesopfer gefordert. Ungefähr 100 Personen haben durch Autounfälle, 60 durch Erstickten, 8 durch Feuerwerksexplosionen ihr Leben eingebüßt.





## Sehr hohe Strafanträge im U.D.R.-Prozess

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Menzel beantragte gegen den Angestellten Erich Bartsch wegen fortgesetzten Betruges zum Nachteil des Reichsfiskus und der U.D.R. insgesamt drei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Gegen den prakt. Arzt Dr. Wiesner wegen fortgesetzten Betruges zwei Jahre Gefängnis und gegen die weiteren drei Angeklagten eineinhalb Jahre, fünf Monate und drei Monate Gefängnis. Dem Bartsch und Wiesner soll die Untersuchungshaft angerechnet werden.

Am Mittwoch wurde in dem sogenannten U.D.R.-Prozess die Beweisaufnahme geschlossen. Kurz vor Schluss zeigte sich noch mit der Deutlichkeit, mit welcher Gehässigkeit von allen Seiten gegen die Verwaltungsmittglieder vorgegangen wurde. Am Besten wurde dies illustriert durch den Zeugen Walter Müller, der sich im letzten Augenblick angelassen kam um „auszupaden“, und nun glaubte, für seine fristlose Entlassung, die wegen besonderer Vergehen im Dienste notwendig wurde, sich billig rächen können. Durch die objektive Projektführung des Vorstehenden wurde zwar darauf verzichtet, was er in seinem Haß noch vorzutragen hatte, doch war dies sehr zu bedauern, denn man hätte sich gern einmal erfahren, was er für Wichtigkeiten dem aufstrebenden Publikum zu erzählen hatte. Da er aber ankündigte, daß er nunmehr seine Enthüllungen bei der Staatsanwaltschaft bei der Polizei machen werde, ist ja zu hoffen, daß man noch späteres erfährt. Solche Zeugen wie dieser Müller werden von einer gewissen Presse geradezu geschätzt, ebenso wie von dieser Seite auch das Schreien gegen den Verwaltungsdirektor Kirchhoff einsehete. Schon bevor der Prozess begann und vor die Beweisaufnahme erfolgte, schrieb man bereits, Kirchhoff sei die zur Anklage stehenden Betrügereien begünstigt; er müsse ebenfalls auf die Anklagebank. Und was machte jetzt das Gericht? Verurteilte den Genossen Kirchhoff selbstverständlich, indem es ausdrücklich betonte, daß er von den vorgekommenen Unregelmäßigkeiten nichts gewußt habe.

Und es wurde auch ausdrücklich dokumentiert, daß als Kirchhoff davon erfuhr, daß Bartsch geleglich unzulässige Zuschläge zu den Abrechnungen beim Versorgungsamt erhob, er ihm dies unterzögerte und Bartsch dies auch von dem Augenblick an unterließ. Genau so ist es mit den anderen Verwaltungs- und Vorstandsmitgliedern. Ihnen war nicht bekannt, wie die völlig selbständig arbeitende Abteilung Reichsverzorgung ihre Berechnungen mit dem Versorgungsamt vornahm. Stand doch an der Spitze der Abteilung Reichsverzorgung ein Mann von umfassendem Wissen und großer Intelligenz, dem man weder eine Unregelmäßigkeit zutraute noch es für möglich hielt, daß er dem Versorgungsamt fingierte Rechnungen einreichte.

Wenn hier in all den Jahren eine Revision nicht erfolgte, so ist es selbstverständlich ein organisatorischer Mangel, der sicher das begangen wurde, als diese Abteilung der U.D.R. angeordnet wurde.

Wir berichteten bereits, daß durch die Beweisaufnahme in dem Prozess eine ganze Reihe Fehlerquellen aufgedeckt wurden, die die strafbaren Handlungen des Bartsch begünstigt haben. Da sind vor allem die Mißstände bei der ärztlichen Beschreibung zu nennen. Die sachverständigen Gutachten ließen keinen Zweifel daran, daß hier vieles im argen lag. Hinzu kam die oberflächliche Prüfung der Sachleistungen Honorarforderungen durch die ärztliche Prüfungskommission, es gar nicht möglich war, im Nebenamt die ungeheure Zahl der Forderungen richtig durchzusehen. Bei der Rezeptkommission es nicht viel anders; war doch ständig ein hoher Prozentsatz der Rezepte unfehlerlich. Diese alle konnten von Bartsch nirgendwo erbracht werden, so daß diese Zustände geradezu zu Unregelmäßigkeiten herausfordern. Bei diesen Mißständen ist es zu beklagen, daß Bartsch willkürlich Zahlen einsetzte und dem Versorgungsamt in Rechnung stellte. Hätten hier Ärzte und Apotheker entsprechend ihren Vorschriften gearbeitet, so wäre dem Bartsch gewiß nicht die Gelegenheit gegeben gewesen, derart willkürlich zu wirtschaften.

Trotzdem dies eine gewisse Entschuldigung für Bartsch ist, so beantragte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Menzel doch mit ihm sehr hart ins Gericht. Er steht auf dem Standpunkt, daß die Mißstände durch Bartsch schon seit dem Jahre 1924 bestanden und betrafen den Gesamtschaden, den der Reichsfiskus durch Bartsch erlitten habe, auf etwa 100.000 Mark. Gewiß hatte der Staatsanwalt recht, wenn er bemängelte, wie wenig pfleglich die Belege behandelt wurden, wie nicht zu entziffernde Rezepte eingereicht wurden, und recht hat er auch darin, daß die Aufstellung der Rechnungen in geradezu unglaublicher Weise erfolgt sind. Daß er hatte das Versorgungsamt gerade dem Bartsch ein riesiges Vertrauen entgegengebracht, indem man hier die vereinfachte Abrechnung bereits im Jahre 1922 einführt, eine Abrechnung, die bei solchen Käffen eingeführt wurde, in die man ein besonderes Vertrauen setzte. Doch, wie schon gesagt,

lagen die Mißstände nicht nur bei dem Leiter dieser Abteilung Reichsverzorgung dem Bartsch, sondern vor allem bei jenen, mit denen er zusammenarbeiten mußte, wie Ärzte und Apotheken. Eine Kontrollstelle bestand nicht. Auch Stichproben auf die

Zuverlässigkeit des Bartsch wurden nie gemacht. Die Befugnis der Revisoren der U.D.R. dehnte sich nicht auf die Abteilung Reichsverzorgung aus. Und so blieb ein wichtiger Zweig der U.D.R. völlig unkontrolliert.

Die Intelligenz und Sachkenntnis des Bartsch war allgemein bekannt und selbst der Vorstehende der ärztlichen Prüfungskommission hat sich oft um Rat und Auskunft an ihn gewandt. Daß es mit den Prüfungskommissionen stark haverte, ist daran zu ersehen, daß die häufigen hohen Vorzuschläge an Dr. Wiesner nicht besonders auffielen. So war Bartsch schon derart sicher geworden, daß er kaum eine Entdeckung fürchtete. So hatte er neben seinem erheblichen Gehalt noch durch die Beträge, die ihm Dr. Wiesner als Anerkennung zuschickte, ein recht gutes Auskommen, so daß er sich viel mehr leisten konnte, wie ein üblicher Angekellter. Der Staatsanwalt steht auf dem Standpunkt, daß es geradezu Wunder nehmen muß, daß die Unregelmäßigkeiten jahrelang unentdeckt blieben und es zeugt davon, wie äußerst raffiniert er seine Verfehlungen verschleierte. Bartsch gibt selbst zu, so hohe Beträge angefordert zu haben, jedoch nur deshalb, um die der U.D.R. entstandenen Schäden auszugleichen. Daß er dazu berechtigt gewesen sei, habe die Verhandlung nicht ergeben und daß dementsprechende Vereinbarungen getroffen worden seien, hält der Staatsanwalt für ungläubwürdig, da eine entsprechende Unterredung nur zwischen mittleren Beamten stattfand, die kaum die Befugnisse haben dürften, solche schwerwiegenden Beschlüsse zu fassen. Auch die Tatsache, daß Bartsch die Höhe der Zuschläge völlig willkürlich machte, beweise, daß sein Tun nicht vorchriftsmäßig war. Er erhob ja dann auch diese Zuschläge nicht mehr, nachdem er im Jahre 1929 eine Unterredung mit Verwaltungsdirektor Kirchhoff gehabt hatte.

Durch unrechtmäßige Forderungen, sowie auch durch un-

berechtigigte Vorzuschläge hat Dr. Wiesner mehr wie 20.000 Mark zu Unrecht durch Bartsch von der U.D.R. bekommen. Die Verfehlungen der drei weiteren Angeklagten sind, gemessen an denen der beiden Hauptangeklagten, nur gering. Bartsch ließ dem einen Mitangeklagten ungefähr 7000 Mark zukommen, einem weiteren Freunde 3000 Mark und dem dritten Angeklagten 1000 Mark, so daß also die U.D.R. um circa 11.000 Mark auf diese Art geschädigt wurde. Bartsch hat diese Zahlungen an diese drei angeblich aus starkem Empfinden heraus geleistet, weil er nach seiner Ansicht ein Plus von 50.000 Mark in der Kasse hatte. Diese Freunde zeigten sich natürlich für die ihnen gemachten Geschenke erkenntlich. Bei der Strafzumessung berücksichtigte der Anklagevertreter bei allen, daß sie noch unbestraft sind. Bei Bartsch wurde jedoch straffschärfend in Betracht gezogen, daß er das Vertrauen, das das Versorgungsamt und die U.D.R. in ihn setzte, schwer enttäuscht hat, daß er zum Teil auch in seine eigene Tasche wirtschaftete und der Allgemeinheit schweren Schaden zufügte. Die Strafanträge lauteten wie oben angegeben.

Der Verteidiger des Bartsch, Rechtsanwalt Dr. Brause, führte die Verluste, die die U.D.R. erlitten hat, auf die fehlerhafte Organisation zurück, hat aber um Freisprechung, soweit es die Mehrerbefugnisse beim Reichsfiskus betraf, da der Wille des Bartsch nur der gewesen sei, die U.D.R. vor Schaden zu bewahren. Auf völligen Freispruch plädierte der Verteidiger des Dr. Wiesner, Rechtsanwalt Dr. Unikower, indem er anführte, daß Wiesner wohl zuviel liquidiert hat und auch zuviel Vorzuschläge erhalten habe, doch sei er insofern nur zivilrechtlich verantwortlich zu machen.

Die Vorzuschläge habe er bestimmt nicht in betrügerischer Absicht entgegengenommen, sondern weil er sich in ungünstigen Vermögensverhältnissen befand und weil er glaubte, die Vorzuschläge würden ihm bei der Verzehrung wieder abgezogen. Es sei auch nicht wahr, daß Dr. Wiesner dem Bartsch von den zu Unrecht bezogenen Beträgen etwas abgab. Dr. Wiesner habe dem Bartsch lediglich manchmal Gefälligkeitsbarlehn gegeben, die er ihm nicht habe abschlagen können, da ja Bartsch eine große Macht besaß. Die drei weiteren Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Salk, Dr. Gottschalk und Dr. Paul Eppelt, ein bezweifelt vor allem, daß bei ihren Klienten Betrug vorliege.

Am Donnerstag wird das Gericht beraten. Die Urteilsverkündung ist im Laufe des Freitag zu erwarten.

## Sind 12 prügelnde Nazis eine Horde?

### Das Bereitschaftsgericht hat seine besonderen Auffassungen

Wenn ein Duzend uniformierter SA-Banden aus dem Braunen Hause im Sturmtempo ausbrechen, weil irgendwo ein Nazi von einem „Rotworb“ niedergedrückt worden sein soll und die Kolonne fällt über einen Reichsbannermann her, verprügelt ihn mordsbjämmerlich und nimmt ihn fest, dann wird der Reichsbannermann bestimmt wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten angeklagt werden.

So geschah es auch am Montag. In der Kaiser-Wilhelm-Straße gab es eine Diskussion an der Uffahsäule, bei der ein Zivilnazi mit Abzeichen die Arbeitslosen als arbeitsscheues Gesindel beschimpfte, das nicht arbeiten wolle. Als daraufhin aus der Menge die Bemerkung fiel, der freche Bursche müßte eins auf den Schädel bekommen, da fiel man über einen jungen Reichsbannermann her, bald traf die aus dem Braunen Hause alarmierte Prügelschwadron (genannt Stabswache) ein, verfolgte den Kameraden, schlug ihn zusammen und nahm ihn dann fest. Obwohl die Polizeiwache in der Viktoriastraße ist, schleppte man ihn die Glässer Straße her und prügelte immer weiter auf ihn ein. Erst das eintreffende Ueberfallkommando machte der Betätigung der Bestien ein Ende und nahm die Naziburichen Martin, Volksmann, Gebhardt, Stern und Sorke fest, die mit dem Reichsbannerkameraden zusammen am Dienstag dem Bereitschaftsgericht vorgeführt wurden.

Alle waren natürlich Engel. Jeder hatte eine andere Ausrede, warum er an die Ecke gelaufen ist. Martin, ein Bursche aus der Friedrich-Wilhelm-Straße meinte, er wollte helfen, wenn die Nazis in der Minderheit gewesen wären und abhalten bei einer Nazimehrzahl. (???) Dabei war weder ein Nazi niedergedrückt noch irgend eine andere Schlächt im Gange. Volksmann war von dem Stabschef Reichelt zu dem Nazidoktor Lichtschlag geschickt worden, war aber wie gesagt, auch dabei, als es einen einzelnen zu zerstoßen galt. Sorke war angeblich erst am Ueberfallwagen zufällig dazugekommen und Stein, der hat den Reichsbannermann sogar mit seinem eigenen Körper geschützt und selbst noch einige für unjeren Kameraden bestimmten Schläge erhalten.

Wer das nicht glaubt, hat keine Befähigung zum Bereitschaftsgerichtsverfahren, denn der glaubt eben solche Märchen. Da gab es auch keinen Zweifel daran, daß Martin nur vergessen hatte, im Braunen Hause seine Scheintod-Gaspistole juristisch zu lassen. Er ist Mitarbeiter des Gruppenverwalters und da findet man weiter nichts dabei, daß er so ein Ding dauernd mit sich herumträgt.

Aber der 69jährige Zeuge, der von einer Horde spricht, der muß ordentlich zur Ordnung gerufen werden, es wäre ja auch noch schöner, wenn er die zwölf Herren etwa beleidigen würde. Es ist schon fast zu viel, daß er erzählt, was er bei der Prügelaktion gesagt hat. Dort schrie er nämlich, ob wir in Italien leben. Als ihm der Vorstehende verbietet, Horde zu sagen, mußte der alte Mann erst den Vorstehenden fragen, wie er nun den schlagenden Häufen bezeichnen soll, aber der Vorstehende verzichtete darauf, Antwort zu geben.

Da der Reichsbannermann verständlicherweise nicht angeben kann, wie und wohin ihn der einzelne Nazi geschlagen hat, beantragt der Staatsanwalt, die Nazis freizusprechen, denn auch die angebliche Festnahme des Reichsbannermannes ist nicht etwa Freiheitsberaubung oder Nötigung. Jeder könne auf frischer Tat einen festhalten und der Polizei übergeben und es sei auch nicht erwiesen, daß der Niedergedrückte ins Braune Haus geschleppt worden sollte. Was unter dem Begriff „auf frischer Tat“ zu verstehen ist, braucht ja ein Staatsanwalt nicht zu erklären, es genügt, wenn die Nazis sagen, sie hätten geglaubt, der Festgenommene habe jemanden niedergedrückt. Der Richter schloß sich dieser Auffassung an und gnädig gewährte es auch dem verprügelten Reichsbannerkameraden einen Freispruch, weil nicht nachzuweisen gewesen wäre, daß er dierjenige gewesen sei, der gesagt habe, der Zivilnazi, der die Arbeitslosen beleidigte, müßte eins auf den Schädel bekommen.

### Achtung!

## Hammerchaft der Metallarbeiter!

Am Donnerstag, den 7. Juli, 20 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses

wichtige Versammlung.

Verbandsbuch, Hammerchaftsausweis bitte am Saaleingang vorzeigen, respektive sind die Ausweise dort in Empfang zu nehmen.

Metallarbeiter, die noch nicht der Hammerchaft angehören und beitreten wollen, sind herzlich willkommen.

# Das ist das Wunder

## der Bulgaria:

### Die weltberühmten bulgarischen Tabake.

### Sie geben auch unserer 3 1/3 Pfg. Zigarette die Ausnahmestellung unter allen Marken dieser Preislage.

# BULGARIA SPORT

5 Zigaretten 20 Pfg.

# die 3 1/3

## der Bulgaria mit Sport-Photos











Paläste für Proleten?

Krankenversicherung und Nazis

Wohl in keinem Land wird eine infamere und bredigere Hege von den Besitzenden und ihren Werkzeugen gegen die unter der Mühsal des Tages fast zusammenbrechenden Massen geführt als in Deutschland.

Gerade die Herrschaften, die so tun, als ob sie den Patrianismus gepachtet haben, mühten doch wenigstens etwas Konsequenz, d. h. bei allem Haß gegen die Arbeiter um Deutschlands willen in ihrer Kritik an der deutschen Sozialpolitik und an der Arbeit der Gewerkschaften vorichtig sein.

Schimpfen auf die „Bonzokratie“ ist fürchterlich leicht. Das macht heutzutage schon jeder Lausjunge in der SA. Besser machen dagegen ist sehr schwer.

„Die einfachste Lösung“, sagte Engel, „ist folgende: Entgegen dem Bestreben, eine Einheitskrankenkasse für ganz Deutschland zu bilden, von der Lehmann der Kasse sein soll, werden wir Krankenkassen im kleinsten Ausmaß schaffen.“

So also denkt sich die Nationalsozialistische Partei die künftige Betreuung der Kranken. Zerschlagung der Krankenkassen und Bildung von Zwergkassen — das ist ihre ganze Reformweisheit.

Das sind im Grunde genommen alle Kamellen. Aber das ist ja nun einmal unser Unglück in Deutschland, daß nun, seitdem die Hitlerbewegung zur Macht kommen will und das große Wort führt, jeder, aber auch jeder sozialpolitische Anwalt von neuem entdeckt und als neueste Weisheit gepredigt wird.

Der Saatensatz im Juli

Nach dem Saatensatzbericht für das deutsche Reich für Anfang Juli wird der Stand des Wintergetreides als befriedigend angesehen.

Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2=gut, 3=mittel, 4=gering, ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgende Beurteilung: Winterroggen 2,5 (Vormonat 2,5); Sommerroggen 2,7 (2,8); Winterweizen 2,6 (2,6); Sommerweizen 2,8 (2,8); Speis 2,3 (2,5); Wintergerste 2,6 (2,7); Sommergerste 2,5 (2,5); Hafer 2,7 (2,7); Frühkartoffeln 2,7 (2,7); Spätkartoffeln 2,7 (2,9); Zuckerrüben 2,9 (2,7); Kumpfsrüben 2,8 (2,7); Klee 2,8 (2,8); Luzerne 2,6 (2,6); Bewässerungswiesen 2,6 (2,4); andere Wiesen 2,6 (2,6).

Freiwilliger Arbeitsdienst auch in Oesterreich

Auch Oesterreich will den Freiwilligen Arbeitsdienst einführen. Die Regierung hat bereits eine Vorlage eingebracht, die im Nationalrat zur ersten Lesung kam.

Der Niederländische Bund des Personals im öffentlichen Dienst hält zurzeit in Arnhem seinen 24. Verbandstag ab. Auch in Holland hat das Personal des öffentlichen Dienstes einen schweren Stand, nicht zuletzt infolge einer schärften Lohnkürzung.

Herzliche Arbeitsaufsicht in Bulgarien. Auf Grund des Artikels 24 des Gesetzes vom 15. Juni 1917 über Gesundheitschutz und Sicherheit hat die bulgarische Regierung eine Verordnung zur Errichtung eines ärztlichen Aufsichtsdienstes erlassen.

Nationalisierung in Großbritannien. In der britischen Metallindustrie ist eine privatwirtschaftliche Vereinbarung zur Vermeidung unnötiger Aufwendungen zustande gekommen.

Schlesiens Arbeitsmarkt

Entlastung ungenügend

402971 Menschen warten auf Arbeit

In der Berichtszeit erfuhr der schlesische Arbeitsmarkt eine wieder etwas stärkere Entlastung als in der ersten Junihälfte.

Rund 82 Prozent der arbeitslosen Arbeitsuchenden fanden in Unterbringung. Die Zahl der Unterbringungsempfänger betrug insgesamt 331 394.

Gegenüber dem Höchststand des Winters ist die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden bis 30. Juni d. J. um 85 782 zurückgegangen.

Kurzarbeiter!

Hier sind eure neuen Unterstützungssätze! — Kürzungen von 20 bis 40 Prozent

Die neuen Unterstützungssätze für Kurzarbeiter sehen folgendermaßen aus:

Beim Ausfall von drei Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohnklasse I für Kurzarbeiter ohne zuschlagsberechtigte Angehörige 0,90 Mark, mit einem zuschlagsberechtigten Angehörigen 1,10 Mark, mit zwei: 1,30 Mark, mit drei: 1,50 Mark und mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen 1,70 Mark.

Beim Ausfall von vier Arbeitstagen beträgt die wöchentliche Unterstützung in der Lohnklasse I in der gleichen Reihenfolge der Abkürzung: 2,00, 2,30, 2,60, 3,00, 3,40, in II: 2,40, 2,80, 3,20, 3,60, 4,00 Mark; in III: 2,70, 3,10, 3,50, 4,00, 4,50 und 5,40 Mark; in IV, V und VI: 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 6,50, 7,00, 7,50, 8,00, 8,50, 9,00, 9,50, 10,00, 10,50, 11,00, 11,50, 12,00, 12,50, 13,00, 13,50, 14,00, 14,50, 15,00, 15,50, 16,00, 16,50, 17,00, 17,50, 18,00, 18,50, 19,00, 19,50, 20,00, 20,50, 21,00, 21,50, 22,00, 22,50, 23,00, 23,50, 24,00, 24,50, 25,00, 25,50, 26,00, 26,50, 27,00, 27,50, 28,00, 28,50, 29,00, 29,50, 30,00, 30,50, 31,00, 31,50, 32,00, 32,50, 33,00, 33,50, 34,00, 34,50, 35,00, 35,50, 36,00, 36,50, 37,00, 37,50, 38,00, 38,50, 39,00, 39,50, 40,00, 40,50, 41,00, 41,50, 42,00, 42,50, 43,00, 43,50, 44,00, 44,50, 45,00, 45,50, 46,00, 46,50, 47,00, 47,50, 48,00, 48,50, 49,00, 49,50, 50,00, 50,50, 51,00, 51,50, 52,00, 52,50, 53,00, 53,50, 54,00, 54,50, 55,00, 55,50, 56,00, 56,50, 57,00, 57,50, 58,00, 58,50, 59,00, 59,50, 60,00, 60,50, 61,00, 61,50, 62,00, 62,50, 63,00, 63,50, 64,00, 64,50, 65,00, 65,50, 66,00, 66,50, 67,00, 67,50, 68,00, 68,50, 69,00, 69,50, 70,00, 70,50, 71,00, 71,50, 72,00, 72,50, 73,00, 73,50, 74,00, 74,50, 75,00, 75,50, 76,00, 76,50, 77,00, 77,50, 78,00, 78,50, 79,00, 79,50, 80,00, 80,50, 81,00, 81,50, 82,00, 82,50, 83,00, 83,50, 84,00, 84,50, 85,00, 85,50, 86,00, 86,50, 87,00, 87,50, 88,00, 88,50, 89,00, 89,50, 90,00, 90,50, 91,00, 91,50, 92,00, 92,50, 93,00, 93,50, 94,00, 94,50, 95,00, 95,50, 96,00, 96,50, 97,00, 97,50, 98,00, 98,50, 99,00, 99,50, 100,00.

Beim Ausfall von fünf Arbeitstagen in Lohnklasse I: 3,00, 3,40, 3,80, 4,20, 4,60, 5,00, 5,40, 5,80, 6,20, 6,60, 7,00, 7,40, 7,80, 8,20, 8,60, 9,00, 9,40, 9,80, 10,20, 10,60, 11,00, 11,40, 11,80, 12,20, 12,60, 13,00, 13,40, 13,80, 14,20, 14,60, 15,00, 15,40, 15,80, 16,20, 16,60, 17,00, 17,40, 17,80, 18,20, 18,60, 19,00, 19,40, 19,80, 20,20, 20,60, 21,00, 21,40, 21,80, 22,20, 22,60, 23,00, 23,40, 23,80, 24,20, 24,60, 25,00, 25,40, 25,80, 26,20, 26,60, 27,00, 27,40, 27,80, 28,20, 28,60, 29,00, 29,40, 29,80, 30,20, 30,60, 31,00, 31,40, 31,80, 32,20, 32,60, 33,00, 33,40, 33,80, 34,20, 34,60, 35,00, 35,40, 35,80, 36,20, 36,60, 37,00, 37,40, 37,80, 38,20, 38,60, 39,00, 39,40, 39,80, 40,20, 40,60, 41,00, 41,40, 41,80, 42,20, 42,60, 43,00, 43,40, 43,80, 44,20, 44,60, 45,00, 45,40, 45,80, 46,20, 46,60, 47,00, 47,40, 47,80, 48,20, 48,60, 49,00, 49,40, 49,80, 50,20, 50,60, 51,00, 51,40, 51,80, 52,20, 52,60, 53,00, 53,40, 53,80, 54,20, 54,60, 55,00, 55,40, 55,80, 56,20, 56,60, 57,00, 57,40, 57,80, 58,20, 58,60, 59,00, 59,40, 59,80, 60,20, 60,60, 61,00, 61,40, 61,80, 62,20, 62,60, 63,00, 63,40, 63,80, 64,20, 64,60, 65,00, 65,40, 65,80, 66,20, 66,60, 67,00, 67,40, 67,80, 68,20, 68,60, 69,00, 69,40, 69,80, 70,20, 70,60, 71,00, 71,40, 71,80, 72,20, 72,60, 73,00, 73,40, 73,80, 74,20, 74,60, 75,00, 75,40, 75,80, 76,20, 76,60, 77,00, 77,40, 77,80, 78,20, 78,60, 79,00, 79,40, 79,80, 80,20, 80,60, 81,00, 81,40, 81,80, 82,20, 82,60, 83,00, 83,40, 83,80, 84,20, 84,60, 85,00, 85,40, 85,80, 86,20, 86,60, 87,00, 87,40, 87,80, 88,20, 88,60, 89,00, 89,40, 89,80, 90,20, 90,60, 91,00, 91,40, 91,80, 92,20, 92,60, 93,00, 93,40, 93,80, 94,20, 94,60, 95,00, 95,40, 95,80, 96,20, 96,60, 97,00, 97,40, 97,80, 98,20, 98,60, 99,00, 99,40, 100,00.

Die neuen Sätze bringen zum Teil eine recht erhebliche Kürzung, im Durchschnitt eine solche von 20 Prozent, in besonderen Fällen bis zu 40 Prozent. Nur die Höhe der Unterstützungssätze wurde geändert; im übrigen ist das materielle Recht der Kurzarbeiterunterstützung unberührt geblieben.

Der Lohntarifvertrag für die Breslauer Metallindustrie

Ist vom Verband Schlesiener Metallindustrieller E. V. zum 31. Juli 1932 aufgekündigt worden, desgleichen der Lohntarifvertrag für die Breslauer Bauhofsereien und zwar zum 31. August 1932.

Aufbau der Sozialversicherung

— aber in Spanien

Im Deutschland der Dapen-Ditler wird sie abgebaut

Der Artikel 46 der neuen spanischen Verfassung sieht unter anderem vor, daß die spanische Republik allen Arbeitern die notwendigen Mittel zu einer angemessenen Existenz zur Verfügung stellt.

Am 5. April 1932 hat die Cortes mehrere internationale Arbeitsübereinkommen ratifiziert, insbesondere die beiden Übereinkommen von 1927 über die Krankenversicherung.

für Arbeit und Volkswohlfahrt am 10. Mai 1932 Richtlinien herausgegeben. Die Richtlinien betreffen den Ausbau der Gesetzgebung durch die Einführung neuer Sozialversicherungszweige und die Vereinheitlichung der Vorschriften über Versicherung und Volkswohlfahrt.

Die Familie Goyl

Aus der Geschichte der Zeitungszensur - Zum Verbot des „Vorwärts“

Die Zeit um das Verbot des „Vorwärts“ so unruhig vermehrte Geschichte der Zensur ist eine Geschichte der menschlichen Engherzigkeit und Dummheit.

Die erste Zensur stammt aus dem 15. Jahrhundert; ihr Erfinder war die katholische Geistlichkeit.

Friedrich II. sprang mit der Presse ziemlich launenhaft um. Der berühmte Satz „Gazetten dürfen nicht genieret werden“ war ihm selbst nicht allzu maßgeblich.

Unter der Herrschaft Napoleons war die Zeitungszensur am allerstrengsten. Entsprechend wuchs aber auch der Wille der Journalisten und Verleger, für die Verbreitung ihrer Meinung Sorge zu tragen.

Monate später fand man ihn am Kleinen Wannsee bei Berlin erschossen auf.

Es kommt die Zeit des Vormärz. Die Dummheit der Zensur erreicht ihren Höhepunkt.

Auch das deutsche Kaiserreich ließ von der Unart der Zensur nicht ab. Die Erfahrungen, die beispielsweise Bismarck mit ihr machte, sind gewiß nicht die besten.

Deutschland bietet in der Geschichte seiner Zensur den herrlichsten Stoff zu einer Tragikomödie - heißt es in dem zitierten Band „Zensuriana“ von Held.

Weiter heißt es bei Held wie zur Warnung für das Kabinett der Barone: „Und so ist denn auch Deutschland wirklich zum Krüppel geworden und ein Gegenstand des Mitleids für seine freien Nachbarn.“

Zum Eintritt der Türkei in den Völkerbund



Der Staatspräsident der Türkei, Gasi Mustafa Kemal, dessen Land am 18. Juli in den Völkerbund aufgenommen wird.

Unternehmen und auf die ihm verbundene Bauparlasse unterlassen würde, falls er hierfür „entschädigt“ werde.

Waldbrand in der Lehlinger Heide

Im Südteil der Lehlinger Heide bei Neuhausenleben entstand gestern mittag ein Waldbrand, der sich über mehrere Jagen ausgedehnt hat.

Studentenkrach in Leipzig

In der Leipziger Universität kam es am Dienstag mittag zu einem Zustand nationalsozialistischer Studenten.

Windhose über Münster

Während eines Gewitters, das sich gestern gegen mittag über der Stadt Münster entlud, bildete sich plötzlich eine Windhose, die im Zentrum der Stadt auf dem Central-Platz sieben etwa 40 Meter hohe Bäume entwurzelte.

Raub im D-Zug

Einem holländischen Großkaufmann wurden aus einem Schlafwagenabteil des D-Zuges Amsterdam-Berlin 22.000 Gulden gestohlen.

Vulkanausbruch

Im südamerikanischen Andengebirge sind mehrere Vulkane in Tätigkeit. Weite Gebiete liegen unter Ascheregen.

Eine ganze Stadt durch eine Munitionsexplosion zerstört

Eine Exchange-Nachricht aus Charkow besagt, die Stadt Tundej an der Subai-Eisenbahn sei gestern durch die Explosion eines Munitionslagers vollständig zerstört worden.

Selbstmord im französischen Pensionsministerium

Pensionsminister Barthod ertrank gestern in dem Büro eines seiner Mitarbeiter die Leiche des Generalinspektors im Pensionsministerium, Marcel Lehmann.

Rekordflug um die Welt?

Mattern und Griffin gegen Post und Gatty - In elf Stunden über den Atlantik! Flugchronik des Tages

Am Mittwoch-Nachmittag 5,42 Uhr sind die beiden amerikanischen Piloten Mattern und Griffin, die gegenwärtig auf dem Eindecker „Century of Progress“ (Jahrhundert des Fortschritts) einen Rekordflug um die Welt durchführen, auf dem Flughafen Berlin-Tempelhof gelandet.

Bei der Landung in Berlin-Tempelhof wurden Mattern und Griffin von einem Vertreter der amerikanischen Botschaft sowie von Delegierten der leitenden deutschen Flugverbände herzlich begrüßt.

Einen neuen Ozeanflug beabsichtigt der Direktor der Reichsverkehrsschule von Gronau. Herr von Gronau hat bereits zweimal den Nordatlantik überquert.

Grauenhafte Familientragödie

In dem hebräischen Städtchen Saffis-Neger spielte sich ein häßliches Familiendrama ab, das fünf Menschenleben zum Opfer fiel.

und tötete seinen Bruder durch einen Kopfschuß. Die Frau des Arztes und seine sechs zu Besuch weilende verheiratete Schwester, die auf den Knall herbeieilten, wurden ebenfalls durch mehrere Schüsse niedergestreckt.

Noch ein Erpresser

Im Zusammenhang mit der von der Staatsanwaltschaft untersuchten Erpressungsaffäre „Industrie-Kurier - Devaheim“ hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht III in Berlin Haftbefehl erlassen gegen den Hypothekenspekulator Henrich aus Charlottenburg.

Neue Abenteuer der Spitzmaus und der Sitternase

Von G. Th. Notman



„Ich will ein Schelm heißen, wenn der „geschickte Hannes“ es nicht getan hat!“ rief ich aus, und erzählte dann von unserem Gespräch, als wir noch im Loch saßen.

Über der Hannes hatte natürlich uns gegenüber einen großen Vorprung. Wir konnten ihn denn auch noch immer nirgends entdecken, bis wir an einen Hügel kamen.

